

Köln, den 03.05.2007

Klausur Nr. 2

Soll und kann die Politik einem möglichen Werteverfall entgegenwirken?

1. Analysiere bitte die Ausführungen von Bundeskanzlerin Merkel und Kardinal Lehmann¹ zur Gerechtigkeit. [max. 25 Punkte]
2. Erkläre bitte, wie die Politik Ehe und Familie steuerpolitisch entlastet. Verdeutliche dies auch an mindestens drei sinnvoll gewählten Beispielen. [max. 25 Punkte]
3. Erläutere bitte, ob und ggf. warum es sinnvoller ist, von einem Wertewandel als von einem Werteverfall zu sprechen. [max. 25 Punkte]
4. Setze Dich – unter Bezugnahme auf die Aussagen von Merkel und Lehmann und Deine Ausführungen in Aufgabenteil 2 – mit der Frage auseinander, ob bzw. inwiefern die Politik die klassische Familie als Lebensform propagieren und unterstützen soll. [max. 25 Punkte]

(Quelle: Regierung Online, zit. nach <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2007/01/2007-01-22-merkel-kardinal-lehmann-focus,layoutVariant=Druckansicht.html>)

¹ Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

"Europa ist ein Wertecolub"

Mo, 22.01.2007

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Karl Kardinal Lehmann diskutieren auf Einladung der Zeitschrift "Focus" über die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung. Sie reden auch über Gott, Werte und Menschenwürde. Und darüber, was Politik kann - und was nicht.

5 Das Interview im Wortlaut:

Focus: Herr Kardinal, Frau Bundeskanzlerin, Deutschland diskutiert über oben und unten, Arm und Reich. Ist Hartz IV gerecht?

10 **Karl Kardinal Lehmann:** Das Zusammenlegen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist wohl ein vernünftiger Weg. Ich will noch nicht beurteilen, ob das große Ganze gerecht ist.

15 Wir sollten uns auf die Frage konzentrieren, ob es heute schon erkennbare Gerechtigkeitslücken gibt. Wenn wir zum Beispiel für Langzeitarbeitslose, gerade auch für Geringqualifizierte, nicht mehr machen, bleiben wir ungerecht.

Angela Merkel: Sie haben Recht, die Frage nach der Gerechtigkeit aufzuwerfen. Denn viele Menschen stellen an die Politik den Anspruch, dass notwendige Reformen auch dem Gerechtigkeitsempfinden entsprechen müssen.

20 Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe haben die Unionsparteien mitgetragen, weil sie notwendig und vernünftig ist. Andererseits gibt es dieses Ungerechtigkeitsgefühl bei vielen:

25 Wie spiegelt sich in einer Transferleistung auch die Arbeitsleistung wider, wenn man 30 oder 35 Jahre lang eingezahlt hat? Das haben wir etwa mit dem ansteigenden Schonvermögen zwar bedacht, aber ob das ausreicht und ob es Spielraum für Veränderungen gibt, darüber diskutieren wir derzeit.

Lehmann: Klassischerweise hat man Gerechtigkeit mit der Kurzformel bestimmt: jedem das seine. Das unterstellt, Gerechtigkeit sei im Wesentlichen Verteilung.

30 Der Ausgleich ist zwar ein wichtiger Teil, aber nicht der einzige. Ich wage die Ergänzung: Jeder soll das seine mitbringen. Nach dem christlichen Menschenbild kann jeder etwas mitbringen. Jeder hat eine mehr oder minder große Begabung.

35 Auch der Arbeitslose kann zum Beispiel vielleicht eine Weile eine Arbeit verrichten, die er sich nicht gerade gewünscht hat. Er kann ein paar Kilometer weiter fahren als bisher. Er kann vielleicht auch mal umziehen.

Merkel: Die christliche Soziallehre entlässt weder die Politik aus der Verantwortung noch den Einzelnen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll jeder erst mal selbst versuchen, sich zu helfen.

40 Die Sicherungssysteme müssen da greifen – und dieses Versprechen muss unser Sozialstaat dauerhaft einhalten –, wo der Einzelne in seinen Möglichkeiten überfordert ist.

45 **Lehmann:** Das Stichwort Eigenverantwortung klingt hier vielleicht etwas bombastisch. Aber gemeint ist: Jeder kann mehr beitragen, als er für möglich hält. Und dann hat er auch einen Anspruch, dass ihm die Gemeinschaft zur Seite springt, wenn er sich nicht selbst helfen kann.

Diese neue Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung ist der Kern, und Eigenverantwortung tut dem Menschen auch gut. Also: Jedem steht das seine zu, und jeder kann das seine einbringen.

50 **Focus: Solidarität findet zuerst in Ehe und Familie statt. Die CDU vermittelt aber den Eindruck, dass sie den für Christen eigentlich unlöslichen Zusammenhang von Ehe und Familie inzwischen für eher beliebig hält. Hat die C-Partei hier einen Grundpfeiler ihrer Überzeugungen aufgegeben?**

55 **Lehmann:** Die gesellschaftliche Entwicklung hat zu einer veränderten Sicht der Familie geführt. Das schön klingende, zunächst Zustimmung abringende Wort „Familie ist, wo Kinder sind“ ist halb richtig, halb falsch.

Richtig ist, dass Kinder, damit sie nicht isoliert und ohne Geborgenheit aufwachsen, eine Gemeinschaft brauchen. Aber Familie hat eine verlässliche Partnerschaft und Zusammengehörigkeit zur Voraussetzung, die sich in der Ehe ganz entfaltet.

60 Über diese Voraussetzung zu schweigen verstößt erstens gegen das Grundgesetz und zweitens gegen die menschliche Erfahrung.

65 **Merkel:** Zu Ihrem ersten Punkt – die CDU hat nicht vor, das Grundgesetz zu ändern und den Schutz von Ehe und Familie in Frage zu stellen. Das Zweite: Unsere Definition der Familie heißt nicht „Familie ist, wo Kinder sind“.

Sondern: „Familie ist da, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen.“ Die

- 70 Dauerhaftigkeit, also dass diese Verantwortung nicht beliebig wählbar, nicht an- und abschaltbar ist, das halte ich heute für das Entscheidende.
- Sie zeigt auch, welche Bedeutung in unserer alternden Gesellschaft die Verantwortung der Kinder für die Eltern gewinnt.
- 75 **Lehmann:** Ich muss nochmals darauf zurückkommen: Die Kirche setzt sich dafür ein, dass gerade die Ehe als Ort und Ausdruck dieser dauerhaften Verantwortung erkannt und gelebt wird. Wir wollen junge Menschen dafür gewinnen, dass sie die innere Einheit von Ehe und Familie wieder entdecken. Selbstverständlich sehen wir unsere Aufgabe auch bei denen, die andere – wie man heute sagt – familiäre Lebensformen wählen, besonders wenn es um Kinder geht.
- 80 Aber das kann nicht das Werteverständnis umwerfen. Und ich denke, so könnten wir auf einem gemeinsamen Weg sein.
- 85 **Merkel:** Der Sozialstaat hat Bedingungen geschaffen, in denen sich Menschen frei entfalten können. Wir müssen immer wieder lernen, mit den Freiheiten, die wir auch durch materiellen Wohlstand gewonnen haben, verantwortlich umzugehen und Verantwortung füreinander auch dann dauerhaft wahrzunehmen, wenn das klassische Familienverständnis nicht mehr so stark wie früher soziale Selbstverständlichkeit ist.
- 90 **Focus: Alle beklagen den Werteverfall. Wer wirkt dem entgegen? Und kann Politik wirksam handeln, wenn das Wertefundament einer Gesellschaft langsam schwimmt?**
- 95 **Merkel:** Wir sollten nicht zu schnell sein mit dem Schlagwort Werteverfall. Unsere Gesellschaft steht ja auch vor neuen Herausforderungen, die andere vor uns gar nicht gekannt haben.
- Natürlich gibt es schlimme Dinge, Fälle der Misshandlung und Vernachlässigung wie des kleinen Kevin. Der sexuelle Missbrauch von Kindern, körperliche und auch seelische Verwahrlosung von Kindern, all das ist für unser Land verheerend.
- 100 Dass darüber heute schonungslos berichtet wird, diese Offenheit macht uns auch problembewusst. Also: die guten Tendenzen befördern, die schlechten nicht unter den Tisch kehren. Aber nicht in Kulturpessimismus verfallen.
- 105 **Lehmann:** Ich spreche lieber von Wertewandel – mit dem klaren Bewusstsein, dass es dabei auch Verluste gibt. Aber sie müssen nicht immer eintreten. Früher eher gescholtene Tugenden finden wieder neue Beachtung.
- Es erscheint zum Beispiel ein viel beachtetes Buch „Lob der Disziplin“. Die junge Generation entwickelt für Fragen der Ökologie oder der so genannten „Fernen-Ethik“ – Stichworte wie Entwicklung, Weltfriede – eine größere Achtsamkeit als frühere Generationen. Man muss den Wertewandel mit Plus und Minus also aufmerksam verfolgen.
- 110 [...]
- 115 **Merkel:** Die Politik hat nicht auf Wertefragen verzichtet. Stammzellforschung, Organtransplantation, Patientenverfügung – alle diese Debatten sind undenkbar ohne unsere moralischen und ethischen Grundlagen.
- 120 Das gilt nicht nur für die Abgeordneten der CDU/CSU, sondern auch für die Kollegen der SPD. Wir haben im Bundestag große Gruppen, die sich zu Gebetsfrühstücken und gemeinsamen Andachten treffen, über Parteigrenzen hinweg.
- Das zeigt: Gemeinsamer Glaube und praktiziertes Christentum reichen weiter als parteipolitische Auseinandersetzung. Man kann aus der eigenen Sinnstiftung heraus Politik machen. Aber nicht umgekehrt.
- Es hat vielleicht eine Entwicklung gegeben, in der sich manche Predigt zu viel mit Politik beschäftigt hat und mancher Politiker zu viel mit Sinnstiftung. Politik kann Kirche nicht ersetzen. Das muss man nicht beklagen.
- 125 **Lehmann:** Wir dürfen uns als Kirche nicht in die Rolle hineindrängen lassen, dass wir in einer exklusiven Form für Werte zuständig sind. Das wäre vielleicht für manchen zunächst schmeichelhaft, aber es wäre ein sehr gefährliches Geschenk.
- 130 Unsere Aufgabe ist im Wesentlichen Inspiration für das lebendige Wirken dieser Werte, damit sie nicht museal verkümmern. Wir müssen auch die Grundwerte in ihrem bindenden Charakter verteidigen, zum Beispiel das Lebensrecht des Embryos in der Stammzellen-Debatte.
- [...]

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2007

11. § 32a Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die tarifliche Einkommensteuer bemisst sich nach dem zu versteuernden Einkommen. Sie beträgt vorbehaltlich der §§ 32b, 32c, 34, 34b und 34c jeweils in Euro für zu versteuernde Einkommen

1. bis 7 664 Euro (Grundfreibetrag): 0;
2. von 7 665 Euro bis 12 739 Euro: $(883,74 \times y + 1 500) \times y$;
3. von 12 740 Euro bis 52 151 Euro: $(228,74 \times z + 2 397) \times z + 989$;
4. von 52 152 Euro bis 250 000 Euro: $0,42 \times x - 7 914$;
5. von 250 001 Euro an: $0,45 \times x - 15 414$.

„y“ ist ein Zehntausendstel des 7 664 Euro übersteigenden Teils des auf einen vollen Euro-Betrag abgerundeten zu versteuernden Einkommens. „z“ ist ein Zehntausendstel des 12 739 Euro übersteigenden Teils des auf einen vollen Euro-Betrag abgerundeten zu versteuernden Einkommens. „x“ ist das auf einen vollen Euro-Betrag abgerundete zu versteuernde Einkommen. Der sich ergebende Steuerbetrag ist auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden.“

Kindergeld	154,- € / ab dem 4. Kind 179,- €
Kinderfreibetrag	3.648,- € je Kind
Freibetrag für Betreuung und Erziehung	2.160,- € je Kind
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	1.308,- € (für Alleinlebende mit mind. 1 Kind)